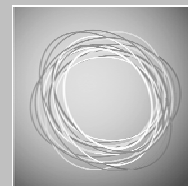


**DER GRÜNE
ZUKUNFTS-
KONGRESS**

Reinhard Bütikofer/Claudia Roth

10. April 2006

**Grüner Blick nach vorne
Thesen zur Zukunfts-Debatte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**



Dieses Papier wurde intensiv in der GRÜNEN Grundsatzkommission diskutiert. Der Grundsatzkommission gehören an: Grietje Bettin, Reinhard Bütikofer, Thea Dückert, Rainer Forst, Ralf Fücks, Anja Hajduk, Rebecca Harms, Katja Husen, Fritz Kuhn, Renate Künast, Steffi Lemke, Reinhard Loske, Omid Nouripour, Claudia Roth, Frithjof Schmidt, Peter Siller und Jürgen Trittin. Wir bedanken uns bei allen, die durch Kritik, Anregungen und Mitarbeit dazu beigetragen haben, insbesondere bei Ralf Fücks und Peter Siller, die eine erste Diskussionsgrundlage erarbeitet hatten. Fehler und Irrtümer sind selbstverständlich unsere.

R.B./C.R.

Grüner Blick nach vorne

Thesen zur Zukunfts-Debatte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Präambel

Die Grüne Zukunftsdebatte richtet unseren Blick nach vorne. In Anbetracht drängender Herausforderungen wollen wir Grüne uns in der Öffentlichkeit über unsere Strategie verständigen. Über politische Prioritäten und über gesellschaftliche Bündnispolitik. Über die Anziehungskraft unserer gesellschaftlichen Ziele. Über den Spannungsbogen zwischen den nächsten Schritten und den weiter reichenden Visionen.

Die Welt verändert sich rasant. Die Probleme von Umwelt und Klimaschutz bilden einen globalen Zusammenhang ebenso wie die Verflechtungen der Weltwirtschaft und die Fragen internationaler Sicherheit. Die Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie, nach Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit werden von einer breiten Weltöffentlichkeit gestellt. Neu aufstrebende Länder wie China, Indien oder Brasilien verschieben die Gewichte der Weltpolitik. Europa, über seine notwendige Integration noch uneins, sieht sich gleichzeitig zu mehr internationaler Verantwortung herausgefordert. In Deutschland kreist die politische Auseinandersetzung im Kern um die offene Frage, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt mit Wettbewerbsfähigkeit, wie soziale und ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Dynamik vereinbart werden können.

Wir Grüne haben in den sechsundzwanzig Jahren unseres Bestehens in der Bundesrepublik viel verändert. Wir haben in sieben Jahren Regierungsbeteiligung wichtige Reformen durchgesetzt oder angeschoben. Die Tatsache, dass vieles, was wir auf die Tagesordnung gesetzt haben, inzwischen mehrheitsfähig geworden ist und auch jenseits grüner Regierungsbeteiligung Rückhalt findet – Atomausstieg, regenerative Energien, Verbraucherschutz, Integration von MigrantInnen, Gleichberechtigung – zeigt, wie nachhaltig wir diese Republik gestaltet haben. Wer dahinter zurück

will, wird auf unseren entschiedenen Widerstand und den vieler anderer Menschen stoßen, die solche Ziele mit uns teilen.

Wir Grüne sind derzeit an keiner Regierung beteiligt. Wir nehmen die Herausforderung der Opposition mit Schwung und Leidenschaft an. Doch unsere Aufgabe heißt nicht, uns in der Rolle als Oppositionspartei einzurichten. Unsere Aufgabe ist, auf Gestaltung zu drängen. Grüne Orientierung hegemonial zu machen. Die Verteidigung des Erreichten ist uns nicht genug. Grüne Veränderungen sind dringlicher denn je. Wir Grüne werden mehr denn je gebraucht.

Mit dem Grundsatz-Programm von 2002 haben wir bereits in Regierungszeiten das Wertefundament grüner Politik und die großen Linien unserer Politik neu formuliert und gestärkt. Wir haben in unserem Grundsatzprogramm den Horizont bis zum Jahr 2020 gezogen und sind damit programmatisch gut gerüstet. Mit dem erweiterten Anspruch auf Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung als gelebter Freiheit, der Demokratie und der Ökologie haben wir unsere Grundwerte akzentuiert und unsere Grundsätze aktualisiert – nicht als hehre, aber unverbindliche Bekenntnisse, sondern als Leitlinien konkreter Politik. Mit gleicher Intensität treten wir für die Durchsetzung der universellen und unteilbaren Menschenrechte wie für Gewaltfreiheit ein. Darauf aufbauend stellen wir uns der Umbruchphase, die wir gegenwärtig erleben.

Das Ende der rot-grünen Koalition im Bund bietet Anlass und Gelegenheit, Erfahrungen zu bilanzieren und in eine intensive Debatte über grüne Antworten auf die Herausforderungen der Zeit einzutreten. Der Anspruch einer Reformwerkstatt setzt voraus, dabei auch Zielkonflikte, Unklarheiten und programmatische Defizite offen anzusprechen. Es geht darum, das Profil der Grünen zu schärfen: als Seismograf gesellschaftlicher Probleme, als Erneuerer, die Pfade in die Zukunft erkunden und als Partei zukunftsorientierter Reformen. Dies wird uns gelingen, wenn wir nicht im eigenen Saft schmoren, sondern die Diskussion mit anderen Akteuren aus Theorie und Praxis suchen.

Wenn Inhalte vor Macht gehen, wie wir bei unserem letzten Parteitag festgehalten haben, darf die inhaltliche Debatte nicht von Koalitions-Präferenzen dominiert werden, in denen sich inhaltliche Richtungen oft unterschwellig artikulieren, aber eben ohne diese explizit zur Diskussion zu stellen. Der Verständigungsprozess kann erfolgreich sein, wenn Inhalte offen verhandelt werden, statt programmatische Fragen über Koalitionsfragen zu entscheiden.

Auf der Basis unserer Grundwerte kommt es darauf an, genauer zu beschreiben, welche institutionellen Konsequenzen unser Anspruch auf Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und Anerkennung solidarische und ökologische Modernisierung hat. Wie muss ein Staat beschaffen sein, der gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit gewährleistet? Welchen ordnungspolitischen Rahmen braucht eine nachhaltige Ökonomie? Wie kann angesichts der Globalisierung und der Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Union die demokratische Willensbildung über unser gesellschaftliches Zusammenleben im großen wie im kleinen gestärkt werden?

Die Erkenntnis „Institutions Matter!“, „Institutionen sind wichtig!“, führt zur Frage nach der Rolle der beiden anderen Akteure im gesellschaftlichen Zusammenspiel, nämlich der Gesellschaft und dem Markt. Ohne eine aktive Zivilgesellschaft bleibt Demokratie ein lebloses Konstrukt, und ohne starke, intakte Institutionen (öffentliches Bildungssystem, Rechtsstaat, öffentlich-rechtliche Medien) kann sich die Zivilgesellschaft nicht entfalten und behaupten. Ähnliches gilt auch für den Markt. Demokratische, gerechtigkeitsorientierte Institutionen (zu denen auch die kollektive soziale Sicherung gehört) sind gerade angesichts des demographischen Wandels auf eine dynamische Ökonomie und ein hohes Maß wirtschaftlicher Wertschöpfung angewiesen, während der Markt selbst ohne einen starken institutionellen Rahmen nicht gut funktioniert.

Die Wiederentdeckung öffentlicher Institutionen ist eine Voraussetzung für eine Stärkung des Politischen in unserer Gesellschaft. Anstatt Probleme zu privatisieren und den Druck auf die Einzelnen zu erhöhen, eröffnen wir so einen öffentlichen Raum gesellschaftlicher Verständigung und politischer Gestaltung. Das bedeutet nicht die Rückkehr zur Vorstellung staatlicher Allzuständigkeit. Vielmehr geht es um die Bedeutung öffentlicher Institutionen für die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Bürger, wenn diese mehr bedeuten soll als „Jeder für sich und die letzten beißen die Hunde“. Es geht auch um Verantwortung für und Solidarität mit Schwächeren und deren „Empowerment“. Wir wollen einen ermutigenden Sozialstaat, der die Individuen stärkt.

Dass die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Gesellschaften einen hohen Reformbedarf hinsichtlich ihres Bildungswesens, des Gesundheitssystems, des Arbeitsmarkts, der sozialen Sicherungssysteme und der Gestaltung der multikulturellen Demokratie hat, liegt auf der Hand. Beispiele, von denen wir lernen können, finden wir vielfach bei europäischen Nachbarn. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Antwort auf diese Probleme, die drei Reformrichtungen verbindet: Den Kampf für soziale Teilhabe statt Ausgrenzung mit ökologischer Modernisierung und nachhaltigem Wirtschaften sowie globaler Verantwortung für Frieden, Menschenwürde und Demokratie.

Gerechtigkeit, soziale Teilhabe und Arbeit der Zukunft

Die Stabilität des Sozialstaates schwindet. Er ist wirtschaftlich mächtig unter Druck geraten. Und er entspricht weder ausreichend dem Maßstab der Geschlechtergerechtigkeit noch dem der Generationengerechtigkeit, weder dem der Solidarität noch dem der gerechten Teilhabe. Der soziale Zusammenhalt ist in Frage gestellt und kann ohne Reformen nicht gesichert werden. Erfolgreich werden nur solche Reformen sein, die soziale Teilhabe fördern und nicht Ausgrenzung. Dem Schrumpfsozialstaat der Neoliberalen und dem Versorgungsstaat der Linkskonservativen setzen wir den ermutigenden Sozialstaat entgegen. Dieser achtet die Individualität und sichert die sozialen Garantien, ohne die selbstbestimmtes Leben zum Privileg Weniger wird.

Wir brauchen unter dem Gesichtspunkt der sozialen Teilhabe eine Debatte, die Anerkennung wie Verteilung in den Blick fasst. Beide Aspekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt oder aufeinander verkürzt werden.

Gerade in einer alternden Gesellschaft braucht es eine neue Verständigung darüber, welche Arbeit gesellschaftlich notwendig und aner kennenswert ist. Anerkennung ist heute stark an Erwerbsarbeit gekoppelt – wer erwerbslos wird, erleidet einen dramatischen Anerkennungsverlust, den er als Ausgrenzung erlebt. Wir geben den Anspruch nicht auf, dass alle Erwachsenen die Chance haben müssen, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten. Aber wir brauchen neue Kombinationsmöglichkeiten von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Tätigkeit im Non-Profit-Bereich und ehrenamtlichem Engagement. Das erfordert eine flexiblere Gestaltung der Wochen- und Lebensarbeitszeit entsprechend den wechselnden Lebenslagen und Bedürfnissen der Menschen. Männer müssen künftig ihren Anteil an der überwiegend von Frauen geleisteten unentgeltlichen Arbeit im Bereich der persönlichen Fürsorge übernehmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss für beide Geschlechter gelten. Das ist eine Kernfrage der Geschlechtergerechtigkeit.

Unter dem Druck der Veränderungen durch den demographischen Wandel und die erhöhte Erwerbsneigung von Frauen müssen hier ganz neue Lösungen gefunden werden. Eine weitere Privatisierung dieser Problemlagen kann nicht die Lösung sein. Frauen sind sowohl im unbezahlten als auch im Erwerbsleben die Hauptverantwortlichen für die Bewältigung von Familienarbeit, Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege. Da diese Tätigkeiten gar nicht oder verhältnismäßig schlecht entlohnt werden, sind vor allem Frauen mit den Folgen prekärer Beschäftigung konfrontiert: niedrigere Löhne, niedrigere Sozialleistungen, niedrigere Renten, kaum Aufstiegschancen. Diesen Bereich der haushaltsnahen, personenbezogenen Dienstleistungen zu professionalisieren, wird eine Hauptaufgabe bei der Erschließung neuer Erwerbsfelder sein – anstelle eines Rückfalls in tradierte Rollenbilder.

Gleichermaßen müssen wir die in den Blick nehmen, die außen vor sind. Diejenigen, die nicht arbeiten können, sei es aufgrund von Kindererziehung, mangelnder Bildung, Krankheit oder struktureller Arbeitslosigkeit. Hier müssen wir verhindern, dass Armut sich verfestigt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle eine würdige Existenz ohne Armut leben können. Dazu brauchen wir eine Weiterentwicklung und zukunftsfähige Finanzierung unseres Sozialstaats.

Wir benötigen auch eine Wiederbelebung der Debatte um öffentliche Güter und die Finanzierungsgrundlagen eines handlungsfähigen Staates. An welcher Leitvorstellung des Sozialstaates orientieren wir uns? Es spricht viel dafür, sich stärker skandinavische Erfahrungen zum Vorbild zu nehmen, statt abzuwarten, bis unser überkommenes kontinentaleuropäisches Modell an seinen Ungerechtigkeiten wie an seinen Ineffizienzen scheitert und auf einen Schrumpfsocialstaat eingedampft wird. Welche steuer- und verteilungspolitischen Konsequenzen hat unser Anspruch auf soziale Teilhabe aller? Gerade ein moderner, erweiterter Gerechtigkeitsbegriff ignoriert nicht die „Verteilungsfrage“.

In der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen, die immer wieder angestoßen wird, halten wir an unseren Konzepten der Bürgerversicherung und der bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung fest. Die Veränderungen an der Hartz-Gesetzgebung, die die große Koalition gegenwärtig verfolgt, führen in die entgegengesetzte Richtung. Demgegenüber halten wir an unseren Nachbesserungs-Forderungen fest. Wir werden uns auch intensiver mit Modellen „negativer Einkommensteuer“ und der Kombination von Erwerbs- und Sozialeinkommen unter dem Blickwinkel einer erweiterten Grundsicherung befassen. Eine belastbare soziale Grundsicherung, ein leistungsfähiges, alle Begabungen gleichermaßen förderndes Bildungssystem, bessere Berufschancen für Frauen, ein fairer Lastenausgleich für die Familien, die Integration von Migranten, die Einführung verbindlicher Mindestlohnregelungen, all das zielt auf soziale Teilhabe für alle – und all das ist an Verteilungsfragen geknüpft.

Es bedarf dafür einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen mittels Steuern und Abgaben. Aber auch die Einbeziehung der primären Verteilung gesellschaftlicher Güter in die Gerechtigkeits-Debatte ist überfällig. Ohne ökonomische Partizipation ist die soziale Teilhabe aller nicht möglich. Das Thema einer breiten Beteiligung der Bürger am Produktivkapital der Gesellschaft muss deshalb endlich stärker in die Gerechtigkeits- und Verteilungsdebatte einbezogen werden.

Dafür sprechen gleich mehrere Gründe. Unter den Bedingungen der Globalisierung öffnet sich die Schere zwischen Lohneinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zugunsten der Kapitaleinkommen. Dem muss mit einer stärkeren Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand entgegengewirkt werden. Gleichzeitig wachsen damit die Möglichkeiten privater Vorsorge für das Alter, aber auch die individuellen Optionsmöglichkeiten hinsichtlich Arbeitszeit und lebenslanger Bildung. Schließlich eröffnet die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am

Produktivvermögen auch neue Möglichkeiten der Mitbestimmung. Es geht nicht um Abschaffung des Privateigentums, sondern um seine Verbreiterung.

Mit dem Modell des „Investivlohns“, bei dem ein Teil des Lohns (oder zumindest der Lohnerhöhungen) in Beteiligungskapital an Unternehmen umgewandelt wird, sowie dem Modell eines steuerfinanzierten „Startkapitals“ für jeden jungen Erwachsenen in Höhe von 60.000 Euro liegen zwei unterschiedliche Vorschläge auf dem Tisch, die im Hinblick auf ihre Chancen wie auf ihre Probleme gründlich diskutiert werden sollten.

Im Bereich der Steuerpolitik brauchen wir ein Konzept, das die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände sichert, also die realen Steuereinnahmen erhöht, den Schuldenabbau erlaubt und zugleich die Effekte der Globalisierung einbezieht. Auch steuerpolitisch führt kein Weg mehr zurück zu geschlossenen Grenzen. Gleichzeitig zeigt etwa die skandinavische Erfahrung, dass es für die optimale Höhe der Staatsquote keine „objektive“ ökonomische Maßzahl gibt. Vielmehr hängt sie ganz entscheidend von der politischen Kultur, dem sozialen Konsens eines Landes ab. Die Behauptung, nur eine weiter sinkende Staatsquote am Volkseinkommen sichere die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, kann jedenfalls als widerlegt gelten. Mit den verschiedenen Überlegungen zu einer stärkeren steuerlichen Differenzierung zwischen Privateinkommen und Unternehmenseinkommen liegen Modelle vor, die möglicherweise den Anforderungen eines modernen Steuersystems besser gerecht werden als die jetzige Praxis. Eine solche Differenzierung würde erlauben, privaten Reichtum stärker als bisher an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen ohne mittelständische Unternehmen zusätzlich zu belasten. Auch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Streichung von Ausnahmetatbeständen würde bereits zu erheblichen Mehreinnahmen führen.

In der Arbeitspolitik brauchen wir ebenfalls einen schärferen Blick auf die grundlegenden Prämissen. Gegenüber der weit verbreiteten, aber ökonomisch nicht fundierten These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ (genauer dem vermeintlich unvermeidlichen Schrumpfen bezahlter Erwerbsarbeit) ziehen wir es vor, über die „Zukunft der Arbeit“ nachzudenken. Dabei geht es nicht nur um einzelne Stellschrauben – höhere Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, eine drastische Senkung der Lohnnebenkosten durch den Übergang zu einer steuerfinanzierten Grundsicherung, eine höhere Erwerbsquote von Frauen, neue Arbeitszeitpolitik mit gesicherten Langzeitarbeitskonten auch für Weiterbildung oder die gezielte Förderung von Unternehmensgründungen und Unternehmergeist -, sondern um eine Vision von sinnvoller und zugleich wertschöpfender Tätigkeit. In der Bundesrepublik liegen große Beschäftigungsfelder der Zukunft brach. Das gilt für den Bereich der kommunalen und personalen Dienstleistungen, der Gesundheit, der Pflege, der Bildung, Kommunikation und Kultur, aber auch für den Bereich von Wissenschaft und Forschung. Das Potential umweltfreundlicher Technologien und Produkte, die bereits heute mit großer Dynamik wachsen, steht erst am Anfang. Für diese Beschäftigungsfelder der Zukunft müssen heute die Weichen gestellt werden. Der demografische Wandel wird die Arbeitskultur verändern. Bereits heute

haben der 30-jährige Vater, die 63-jährige Abteilungsleiterin oder die 35-jährige Wissenschaftlerin unterschiedliche Zeitbedürfnisse für Erholung, Familie und Karriere. Wir brauchen daher flexiblere Arbeitszeiten in den verschiedenen Lebensphasen. Es geht um ein Konzept, das die Verknüpfung von sozialer Sicherheit und Flexibilität weiterentwickelt.

Die demographischen Entwicklungen verändern unsere Gesellschaft nicht nur, indem sie Relationen zwischen den Altersgruppen verschieben, sondern sie werden auch weiter wachsende regionale Ungleichgewichte hervorrufen. Wir müssen die Politik diesen Veränderungen anpassen, aber auch gegensteuern. Dies ist insbesondere eine dramatische Herausforderung an die künftige Handlungsfähigkeit der Kommunen. Wie wird kommunale Planung fertig mit der Aufgabe, in Schrumpfungsbereichen soziale Infrastruktur zu sichern? Wird es ausreichend Finanzhilfe geben für schrumpfende Städte, um ihnen den Umbau zu ermöglichen? Wie viel wird zivilgesellschaftliches Engagement leisten können, wenn solche Organisationen an Auszehrung leiden, weil viele abwandern, auf deren Aktivität es ankäme? Die demographische Entwicklung kann eine Chance sein. Aber gerade dort, wo sich derzeit ihre Nachteile zusammen ballen und die generellen sozialen Spannungen steigern, droht das soziale Gewebe unserer Gesellschaft zu reißen, samt absehbarer Folgen für das demokratische Gemeinwesen.

Ökologie und grüne Marktwirtschaft

Ökologie ist die Kernkompetenz der Grünen. „Weg vom Öl“ ist eine Grüne Parole, die derzeit bis in den Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU Karriere macht. Der SPD-Umweltminister folgt zumindest rhetorisch grünen Zielen. Grüne Opposition gegen Gentechnik in Lebensmitteln ist populär. In Umwelt- und Verbraucherpolitik haben wir eine Deutungs-Hegemonie in der Gesellschaft erzielt.

Am stärksten ist uns der Durchbruch zur ökologischen Modernisierung in der Energiepolitik gelungen. Dort konnten wir beispielhaft deutlich machen, was es heißt, dass ökologische Politik Innovationspolitik ist und auch Industriepolitik, die Jobs schafft. Die ökologisch-technische Revolution und der ökologisch orientierte Mentalitätswandel zusammen prägen die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wie ihre ethischen Grenzen. Unser zentrales Reformprojekt in diesem Bereich heißt „Energie 2020“: eine sichere, klimapolitisch verantwortbare Energieversorgung ohne Atom und mit drastisch sinkender Öl-Abhängigkeit. Dies ist nur möglich, wenn wir das Primat der Politik gegenüber den wirtschaftlichen Interessen verteidigen. Die Konflikte darum sind jetzt schon scharf. Die SPD will zu viel Kohle, die CDU zu viel Atom. Gemeinsam beugt sich die Große Koalition bereits sichtbar dem Druck der Lobby. Unser Weg der Energiepolitik setzt auf die „drei großen E“ – Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Unsere Vorwärts-Strategie bedeutet, die Autoindustrie mit

Spritobergrenzen anzuregen, sparsame Autos zu bauen; beim Emissionshandel die Anreize für saubere Kraftwerke zu erhöhen und den Wettbewerb zu stärken; bei Energieeffizienz und Energiesparen vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher zu mobilisieren. Sie beklagen hohe Strom- oder Gaspreise, reagieren sensibel auf zunehmende Wetterextreme, aber stellen ihr Konsum-Verhalten noch wenig um.

Trotz aller Erfolge gilt: Unserem Kernbereich der Ökologie müssen wir zu neuer gesellschaftlicher Dynamik verhelfen. Dass der Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit oftmals an anderer Stelle liegt, während die ökologische Frage längst zu einer zentralen sozialen und ökonomischen Frage geworden ist, – Umweltschutz entscheidet über die Lebensqualität zahlloser Menschen hierzulande, insbesondere aber in Entwicklungsländern und Schwellenländern – das zwingt uns zu einer doppelten Offensive für Umweltpolitik. Wir müssen zum einen die Radikalität der ökologischen Frage neu thematisieren. Dazu gehört, dass wir die Natur auch um ihrer selbst willen schützen. Auch wenn wir zu Recht den Katastrophismus früherer Tage zurückgelassen haben, sollten wir wieder zu einer Sprache finden, die die Dramatik der ökologischen Frage hinreichend deutlich benennt.

Mit dem ökonomischen Aufstieg von bevölkerungsreichen Ländern wie China, Indien oder Brasilien wurde die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie endgültig zur Grundbedingung für die Bewohnbarkeit des Planeten. Der drohende Zusammenbruch regionaler Ökosysteme, der biologischen Vielfalt und der globale Klimawandel untergraben die Lebensbedingungen von Hunderten Millionen Menschen. Umweltkatastrophen werden immer stärker zu neuen Fluchtursachen und zu einer Herausforderung für präventive Sicherheitspolitik. Gleichzeitig steigen die volkswirtschaftlichen Verluste in Folge ökologischer Schäden.

Zum anderen müssen wir genauer prüfen, was in unserer Politik möglicherweise wirksameren Bündnissen entgegen steht. Geben wir dem Gedanken der differenzierten Ökologisierung unterschiedlicher Lebensstile genug Raum? Müssen wir angesichts der Größe und Dramatik der ökologischen Herausforderung neu über Verzicht nachdenken? Wie kann breit angelegte Verbraucherpolitik als eine Bewegung der Zivilgesellschaft zusammen mit staatlichem Verbraucherschutz mehr ökonomischen und politischen Druck zugunsten der Ökologie schaffen? Können wir aus unserer lokalen und regionalen Verbundenheit Vorteile für eine ökologische Debatte ziehen, die an „Heimatgefühl“ appelliert? Fragen wir zu wenig danach, wie Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zusammenwirken? Gibt es mehr Umweltschutz mit weniger Bürokratie? Wie können wir besser umweltpolitische Instrumente gegenüber dem Mittelstand und gegenüber der großen Industrie differenzieren? Müssen wir Interessenpolitik für den Mittelstand machen, um diesen für Ökologie zu gewinnen? Gibt es einen „ökologischen Kapitalismus“? Brauchen wir eine neue Wachstumsdebatte oder müssen wir die Ökologie buchstabieren als Politik der Entschleunigung und Selbstbegrenzung?

Indem wir die soziale, geschlechterpolitische und ökonomische Dimension der ökologischen Frage herausarbeiten, haben wir die Chance, das gesellschaftliche Interesse an Umweltthemen zu erhöhen, Brücken in unterschiedliche Milieus zu schlagen und neue Allianzen zu bilden. Der effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen, ressourcenleichtes Wirtschaften, der Übergang zu erneuerbaren Energien und Werkstoffen bieten große Potentiale für nachhaltige Entwicklung und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Analog zur Herausbildung der „sozialen Marktwirtschaft“ müssen wir zu einer „grünen Marktwirtschaft“ kommen, in der die Spielregeln des Marktes ökologisch ausgerichtet werden. Unternehmer, die dieser Idee folgen, sind unverzichtbare Partner grüner Politik. Unsere Zukunft hängt davon ab, dass es gelingt, wirtschaftliche Wertschöpfung und Umweltverbrauch zu entkoppeln. Hier greifen Umwelt-, Technologie-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unmittelbar ineinander. Gesamtwirtschaftlicher Erfolg lässt sich nicht am Bruttosozialprodukt messen, sondern nur mit einem Ökosozialprodukt. Kommunal und regional geeignete Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft regelmäßig zu erheben und zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen, könnte ein neues Projekt grüner Politik sein.

Die ökologische Frage ernst zu nehmen, heißt auch, sich dort für die Umwelt einzusetzen, wo es sich vordergründig ökonomisch nicht „rechnet“. Das gilt insbesondere für den Naturschutz, der darauf abzielt, möglichst zusammenhängende ökologische Räume der wirtschaftlichen Verwertung zu entziehen. Der Primat der Ökologie in diesen Gebieten eröffnet Konzepten biologischer Landwirtschaft und sanftem Tourismus neue Räume.

Ein ausbaufähiges Feld grüner Politik ist auch die Verbindung von Umweltschutz, Verbraucherrechten und Gesundheit: Das gilt etwa für die Anreicherung von Chemikalien im Grundwasser und in Lebensmitteln, die Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Nahrungsmittel, die Belastung durch Luftschadstoffe oder durch gesundheitsgefährdende Werkstoffe am Arbeitsplatz.

Zukunft der Kinder – Zukunft der Bildung

Wir Grüne treten für eine kindergerechte Gesellschaft ein. Uns geht es dabei um eine Politik, die Kinder als eigenständige Subjekte begreift. Politik „auf Kindernasenhöhe“, wie wir es im Grundsatzprogramm genannt haben, ist Politik, die von den Kindern her denkt. Kinder brauchen eine stärkere Stimme und umfassendere Beteiligungsmöglichkeiten. Die Kinderpolitik in unserem Land braucht einen Sprung nach vorn. Für uns Grüne steht dabei die Forderung nach besserer Kinderbetreuungsinfrastruktur im Zentrum. Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr durchsetzen. Den Kommunen wollen wir hierfür, sowie für das Ziel kostenloser Kindergartenbetreuung die nötigen Spielräume schaffen. Dafür zu sorgen, dass sie dann diese auch nutzen, ist Aufgabe grünen Engagements vor Ort.

Trotz Kinderwunsch realisieren viele junge Paare diesen nicht. Noch immer ist vor allem für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht erreicht. Wir wollen deshalb die bisherige einseitige Förderung der Ehe, orientiert am Alleinernährermodell, zur Familienförderung umbauen und das Infrastrukturangebot zur Förderung und Bildung von Kindern stark ausbauen.

Soziale Teilhabe, gesellschaftliche Chancen für alle sind untrennbar verbunden mit der Teilhabe an Bildung. Sie erfordern eine weit reichende Reform unserer Bildungsinstitutionen. Wir brauchen nochmals eine grundlegende Reflexion darauf, was die Diagnose der „Wissensgesellschaft“ bedeutet und welche Konsequenzen sie nach sich zieht. Wissen ist konstitutiv für Selbstbestimmung und Selbstentfaltung, und es ist zu einer zentralen Voraussetzung für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Anerkennung sowie zur wichtigsten ökonomischen Produktivkraft geworden. Gleichzeitig ist der Zugang zu anspruchsvoller Bildung nach wie vor für viele blockiert. Die Ergebnisse der PISA-Studien sprechen eine überdeutliche Sprache über soziale Selektion und mangelnde Leistungsfähigkeit unserer Schulen. Sie zeigen auch, dass die Gleichung „Leistung durch Selektion“ nicht aufgeht.

Integration statt Ausgrenzung – Förderung aller statt Abschiebung der Schwachen – das schafft mehr und höhere Leistung. Hierzu braucht es mehr Geld. Mehr Geld für Bildung – das ist die wirkliche Zukunftsinvestition.

Es muss gelingen, ähnlich wie in den siebziger Jahren eine Bildungsreform in Gang zu setzen, die in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und gesellschaftlicher Kontroversen rückt. Partner für eine solche Reform sollen insbesondere Wirtschaft und Gewerkschaften sein. Gleichzeitig gilt es, aus den Fehlern und Irrtümern der siebziger Jahre zu lernen. Ein humanes, gerechtes Bildungswesen ist nicht durch die Zerschlagung intakter Schulgemeinschaften und ihre Zusammenlegung zu anonymen Mega-Schulen zu erreichen. Wir brauchen eine Bildungs-Reform, die individuelle Förderung und gemeinschaftliches Lernen zum Leitfaden macht. Zugleich müssen sich die Schulen stärker in die Gesellschaft öffnen.

Der Umbau der Bildungsinstitutionen muss auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit genutzt werden. Das Bildungssystem verhilft zwar Mädchen zu den besseren Abschlüssen, diese sind allerdings bei der Jobsuche wenig wert. So sind Einstiegsgehalt und -positionen bei Frauen niedriger als bei Männern. Bei Frauen mit Migrationshintergrund ist das Problem noch gravierender: Obwohl sie deutlich häufiger Abschlüsse und auch bessere Noten haben, ist ihre Arbeitslosigkeit höher als die von Männern mit Migrationshintergrund. Kurz gesagt: Wir müssen im Blick haben, dass die Erfolge im Bildungssystem nicht automatisch zu Erfolgen im Arbeitsmarkt führen.

Im Schulwesen brauchen wir eine grundlegende Diskussion über die geteilte Verantwortung von Eltern (und Kindern) und Staat. So lehnen wir etwa verbindliche Schullaufbahnempfehlungen als Eingriff ins Elternrecht ab. Andererseits wollen wir nicht zulassen, dass muslimische Mädchen durch

ihre Eltern vom Sportunterricht oder von Klassenfahrten ausgeschlossen werden können. Die Diskussion über die Rechtfertigung von Staatseingriffen ins Elternrecht beantwortet aber nicht schon die Frage, wie Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden sollen. Denn das staatliche Schulwesen ist überfordert, wenn Eltern ihm die Erziehung ganz aufbürden. Es ist Aufgabe vor allem der Kommunalpolitik, funktionierende Modelle der Kooperation zu fördern.

Höhere Bildungsinvestitionen müssen einhergehen mit höherer Qualität, besserer individueller Betreuung und größerer Autonomie der Bildungsinstitutionen. Bildungsgerechtigkeit meint nicht Nivellierung, sondern die maximale Entfaltung der eigenen Möglichkeiten und Potentiale. Mit den Vorschlägen zum vorschulischen Lernen, zur neuen Schule, zu Hochschulreform und Studienfinanzierung, zu Aus- und Weiterbildung und zum lebensbegleitenden Lernen haben wir in den letzten Jahren gute Antworten zu einzelnen Politikfeldern entwickelt. Es kommt jetzt darauf an, diese Vorschläge und Ideen zu einem klaren Profil grüner Bildungspolitik zu verdichten und in konkrete politische Initiativen zu übersetzen.

Wenn wir etwa das gemeinsame, aber individuell differenzierte Lernen bis zur neunten Klasse in einer „Schule für alle“ fordern, dann kommt es jetzt darauf an, dieses einschneidende und gesellschaftlich kontroverse Anliegen zu einem nachvollziehbaren und realitätstauglichen Angebot zu machen. Die Aufgabe der Dreigliedrigkeit zugunsten des differenzierten Lernens unter einem Dach hat eine so tiefgreifende Transformation der Institution Schule zur Folge, dass wir nur auf Akzeptanz hoffen können, wenn wir die konkreten Schritte so beschreiben und die entstehenden Probleme so beantworten können, dass der Reiz dieses Modells die verbreitete Skepsis gegenüber Strukturreformen überwiegt. Mit der Strukturreform und der inneren Reform der Schule, ihrer Methoden und Arbeitsweisen, mit ihrer höheren Autonomie muss eine sozial verantwortliche Reform der Finanzierung einhergehen. Ohne eine klare Priorisierung und Erhöhung der Bildungsetats hat eine Schulreform keine Chance.

Gleiches gilt für Kindergärten, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen. Wenn „Wissensgesellschaft“ mehr sein soll, als eines der soziologischen Modewörter mit geringer Halbwertszeit, dann kommt es allerdings auch darauf an, die gesellschaftlichen und ökonomischen Untiefen der Diagnose herauszuarbeiten.

Die Vorstellung einer globalen Arbeitsteilung zwischen wissensbasierter Arbeit in den hochentwickelten Ländern und einfacher industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit im Rest der Welt ist schon heute obsolet. Das Monopol der „alten“ Industrieländer auf hochqualifizierte Technologien und Produkte ist bereits von den „neuen“ Industrieländern geknackt worden. Wir sollten vielmehr die Chance der Digitalisierung für eine schnellere und kostengünstigere Verbreiterung von Wissen nutzen. Ob sich auf Dauer ein Wettbewerbsvorteil der reichen Länder durch einen ständig erneuerten Wissensvorsprung halten lässt, steht in Frage. Die internationale Arbeitsteilung sortiert sich neu. Hinzu

kommt, dass ein hohes Niveau in Bildung und Forschung nicht automatisch zu einer großen Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze führt, sondern nur dann, wenn sich das angeeignete Wissen auch vor Ort in der Produktion und im Dienstleistungssektor niederschlägt. Darüber entscheidet eine Vielzahl von Standortbedingungen. Der Übergang zur Wissensgesellschaft erlaubt also weder den Rückzug auf die „Nationalökonomie“, noch führt er zu einer schlichten Ablösung des klassischen produktiven Sektors durch „Wissensarbeit“. Wir brauchen weiterhin eine Perspektive für industrielle, landwirtschaftliche und handwerkliche Arbeit in Deutschland und in Europa.

Weiterbildung tatsächlich zur vierten Säule des Bildungswesens zu machen, lebenslanges Lernen ernst zu nehmen, ist ein zentrales Projekt Grüner Bildungspolitik. Instrumente wie ein Weiterbildungsrahmengesetz, Weiterbildungstarifverträge oder Bildungssparen müssen sich dabei ergänzen.

Die Diagnose der Wissensgesellschaft darf nicht zu dem Kurzschluss einer ausschließlich ökonomischen Begründung und Vernutzung von Bildung führen. Eine Wissensgesellschaft braucht als integralen Bestandteil eine fortwährende Debatte um ethische Ziele und Grenzen. Für uns hat die Würde des Menschen Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen. Genausowenig wie sich Kinder nur als „Humankapital“ der zukünftigen Ökonomie oder Ressource künftiger Alterssicherung beschreiben lassen, resultiert der Wert von Bildung nur aus seiner ökonomischen Funktion in der Wissensgesellschaft. In beiden Fällen handelt es sich vielmehr um Aspekte eines selbstbestimmten Lebens, die der ökonomischen Logik nicht untergeordnet werden dürfen. Es geht um die Qualität und den Wert von Bildung, die der Individualität der Einzelnen gerecht wird und auch den Wert von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten, Solidarität und Verantwortung lehrt. Es ist wichtig, die neuen Anforderungen der Wissensgesellschaft zu erkennen und umzusetzen. Aber sie dürfen nicht zum Diktat werden, dem sich alle und alles zu unterwerfen haben. Zum einen bleibt nach wie vor eine Vielzahl von notwendiger Arbeit, die nicht besonders „wissensintensiv“ ist, zum anderen gibt es eine Vielzahl von Individuen, die aus verschiedenen Gründen mit der Wissensentwicklung nicht Schritt halten können oder wollen. Es gilt also zu beachten, dass ein überzogenes Wissensparadigma eher die soziale Exklusion forciert als zu deren Überwindung beizutragen.

Multikulturelle Demokratie: Gemeinsame Werte und Kultur der Anerkennung

Im politischen Kampf um Integration von Migrantinnen und Migranten droht gegenwärtig ein politischer Rückfall. Führende Konservative reden zwar von Integration, betreiben aber de facto nur das alte Geschäft der Ausgrenzung. Während der Integrationsförderung gerade von der Bundesregierung erhebliche Mittel gestrichen werden, kommt die Integrationsforderung immer herrischer daher: Integration mit der Knute. Als Rechtfertigung soll die These dienen, zunehmend

konfliktvolle Tendenzen liegen im wesentlichen an der mangelnden Integrationsbereitschaft der Zugewanderten. Wir Grüne setzen dem einen klar auf Teilhabe orientierenden Ansatz entgegen. Wer Integration will – und wir brauchen sie, weil wir Zuwanderung brauchen – der muss Teilhabe an Sprache, Bildung, Arbeit, gesellschaftlicher Verantwortung und politischer Entscheidung ermöglichen.

Nach Jahrzehnten der Realitätsverweigerung erkannte auch das konservative politische Lager in den neunziger Jahren nach und nach die Realität der Einwanderungsgesellschaft an, die von kultureller und ethnischer Vielfalt geprägt ist. Zu unübersehbar war die Tatsache geworden, dass aus den „Gastarbeitern“ von damals eine zweite und dritte Generation von Einwanderern hervorgegangen ist, die aus dem Alltag der deutschen Gesellschaft nicht wegzudenken sind.

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001, aber auch mit dem Mord an Theo van Gogh, der Debatte um die sogenannten „Ehrenmorde“, dem Konflikt um die Mohammed-Karikaturen sowie einer insgesamt zugespitzten sozialen Situation vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Bildungsmisere hat sich auch der bundesrepublikanische Diskurs um Einwanderung verändert. Es droht ein Rückfall hinter den Stand der Selbst-Aufklärung, der unter Rot-Grün erreicht wurde.

Die große Aufgabe, die sich jetzt stellt, ist die Verwandlung dieser Millionen von „Ausländern“ in Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Das ist eine Herausforderung an beide Seiten. Die Rechte hielt allzu lange daran fest, dass man Deutscher nur durch Abstammung, zumindest aber durch vollständige Assimilation an die – wie auch immer definierte – „deutsche Kultur“ werden kann. Umgekehrt vertreten wir die „Zumutung“ an die Adresse von Immigranten, Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu werden, sich also seine Sprache, Geschichte, Rechtsstaat und Demokratie zu eigen zu machen und politische Verantwortung zu übernehmen.

Derzeit dreht sich die öffentliche Auseinandersetzung weniger um die Anerkennung des Anderen oder das Plädoyer für Differenz, als vielmehr um die Betonung der gemeinsamen Grundlagen, um die Forderung nach Integration und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe. Diese Debatten-Verschiebung sollten wir zum Anlass nehmen, die eigene Position zu präzisieren.

Die multikulturelle Demokratie, die wir entwickeln wollen, bedeutet nicht Beliebigkeit und den Rückzug in kulturellen Partikularismus. Integration kann aber nur gelingen, wenn sich Einheimische und Migranten aufeinander zu bewegen, einander anerkennen und respektieren. Wir sagen auch ganz klar: Frauenrechte dürfen nicht aus kulturellen oder religiösen Gründen eingeschränkt werden. Kulturelle Vielfalt kann sich nur produktiv auf dem Boden des liberalen und demokratischen Verfassungsstaats entwickeln. Sie verlangt Rücksichtnahmen. Sie bringt Zumutungen und Konflikte mit sich. Sie fordert Toleranz gegenüber Lebensformen und Glaubensüberzeugungen, die man nicht teilt, die man sogar eventuell für „falsch“ hält. Sie mutet Menschen etwas zu, weil sie die individuelle Freiheit, nach der eigenen Façon zu leben, über hergebrachte kulturelle Konventionen stellt und daran glaubt, dass am Ende alle durch Pluralität gewinnen.

Die multikulturelle Demokratie braucht starke Gemeinsamkeiten: vor allem den Respekt vor den Spielregeln der Demokratie und die Anerkennung des Rechtsstaats mit seinen Grund- und Bürgerrechten, für die Sternberger und Habermas den Begriff des Verfassungspatriotismus ins Spiel gebracht haben. Und sie braucht starke soziale Institutionen: vor allem Chancengerechtigkeit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt als Voraussetzungen für gelingende Integration.

Ein solches Projekt ist eine vernünftige Antwort auf das, was die Wirklichkeit der globalen Migration uns abverlangt. Wir können dafür viele Bündnispartner finden, in neuen sozialen Bewegungen, in Sozialverbänden, in Gewerkschaften – und auch in Unternehmen, die sich auf dem internationalen Markt bewegen. Viele Unternehmen beginnen, Vielfalt nicht als Ärgernis, sondern als Ressource zu begreifen. „Diversity-Management“ gehört dort längst zur Firmenphilosophie.

Integration meint konkret eine Einbürgerung des Islam. Vergleichbar zu den christlichen Kirchen und dem Zentralrat der Juden muss es eine Körperschaft öffentlichen Rechts geben, die die muslimischen Glaubensgemeinschaften vertritt. Wir brauchen Imame und islamische Religionslehrer, die an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden und ein Islambild vermitteln, das mit dem Grundgesetz und unserer Rechtsordnung kompatibel ist.

Wer Integration erreichen will, muss eine Antwort geben auf die großen sozialen Fragen unserer Gesellschaft: Bildung und Arbeit. Die Fähigkeit, deutsch zu sprechen, ist ein Schlüssel für Teilhabe. Deshalb ist die Verpflichtung zu Sprachkursen im Zuwanderungsgesetz richtig. Die Chance auf Integration von Migrantinnen und Migranten entscheidet sich zu einem guten Teil bereits in der Vorschule. Wer hier den Anschluss verliert und die deutsche Sprache nicht erlernt, hat danach kaum noch eine Chance. Gleichzeitig liegen im interkulturellen Lernen, in der Zwei- und Mehrsprachigkeit große Chancen für künftige Karrieren im Land des Exportweltmeisters.

Endgültig fallen die Würfel in der Schule, in der Kinder mit ausländischer Herkunft momentan zumeist in der Hauptschule unter sich und ohne große Perspektive bleiben. Bei Migrantinnen und Migranten gibt es eine hohe Anzahl von Schulabgängern ohne Abschluss. Nimmt man zu dieser Gruppe diejenigen hinzu, die zwar einen Hauptschulabschluss erreichen, danach jedoch keine berufliche Ausbildung abschließen, so ergeben sich erschreckend hohe Anteile von Jugendlichen, die keine soziale Perspektive vor Augen haben. Wir brauchen deshalb eine mutige Bildungsreform und eine "Neue Schule" nach skandinavischem Vorbild, die mehr und besser fördert und weniger schnell aussortiert. Wer von Integration redet, aber in der Bildungspolitik Ausgrenzung betreibt, ist nicht glaubwürdig. Wir haben eine strukturelle Diskriminierung in unserem Land. Menschen mit Migrationshintergrund haben beispielsweise bei gleicher Qualifikation viel geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Ein zweites zentrales Moment der Integration liegt in der Erwerbstätigkeit. In der ersten Migrantengeneration war Arbeit das Zauberwort, das die Menschen in den Fabriken und in den Büros

zusammenbrachte. Deutschland hat heute eine Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe, damit ist ein entscheidender Integrationsfaktor weggebrochen. Ein wachsender Teil von gering Qualifizierten sitzt inzwischen in der Falle von Langzeitarbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld II, und auch hier sind Migrantinnen und Migranten besonders betroffen. Statt Integration findet Desintegration statt, mit der Konsequenz von Exklusion und Ghetto-Bildung. Dieser Prozess muss wieder umgekehrt werden. Bildung und Qualifizierung sind dafür zentrale Voraussetzungen, ergänzt um eine stärkere Förderung ökonomischer Selbständigkeit und den Abbau von Zugangshindernissen zum Arbeitsmarkt. Hinzu kommt auch: Immigranten sind ein starker Faktor für die ökonomische Dynamik einer Gesellschaft, wenn man ihnen die Chance auf sozialen Aufstieg bietet.

Im Bereich der Integrationspolitik kämpfen wir gegen die Ethnisierung. Wir brauchen den Dialog der Kulturen und Religionen. Wir brauchen keine Popanz-Debatte über „Deutsche Leitkultur“. Als Rahmen für das Zusammenleben gilt unsere Verfassung. Eine Kultur der Anerkennung, basierend auf einer politischen Kultur der gegenseitigen Anerkennung der Individuen, kann dazu beitragen, Differenzen im gleichberechtigten Umgang lebbar zu machen.

Globalisierung gestalten, politische Institutionen stärken

Insbesondere zwei Entwicklungen geben Anlass zu einer neuen Debatte über den Anspruch auf gerechte Globalisierung: zum einen die ökonomischen und sozialen Verwerfungen, die als Folge einer kapitalgetriebenen Globalisierung sowohl im eigenen Land wie in den neu vom Weltmarkt erfassten Gesellschaften entstehen. Zum anderen die sicherheitspolitischen Verwerfungen, die durch wegbrechende Ordnungsstrukturen und durch politische Radikalisierungsprozesse an den Peripherien des Weltmarkts entstehen. Unsere Politik für gerechte Globalisierung wird um so erfolgreicher sein, je besser sie es schafft, grüne Werte und Verantwortung mit den Interessen zu vereinbaren, die deutsche und europäische Politik berücksichtigen muss.

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der kapitalistischen Wendung Chinas hat sich die Zahl der Arbeitskräfte, die direkt oder indirekt am Weltmarkt teilnehmen, in rasend kurzer Zeit verdoppelt. Arbeitskraft ist zahlreich, Kapital ist aus globaler Sicht knapp. Damit hat sich die Verteilungsposition weltweit zugunsten des Kapitals verschoben, und zugleich wächst der Druck vor allem auf die Beschäftigungschancen und Löhne gering qualifizierter Arbeitskräfte in den alten Industrieländern. Während sich die Wohlstandsentwicklung zwischen „alten“ und „neuen“ Industrieländern tendenziell annähert, wachsen die sozialen Unterschiede innerhalb der Länder.

Dennoch darf über dieser kritischen Bilanz nicht verdrängt werden, dass die Globalisierung weltweit Hunderten von Millionen Menschen neue Chancen auf Arbeit, Einkommen, Bildung und sozialen

Aufstieg eröffnet. Genauso wenig darf sich das Bild festsetzen, dass Deutschland unter den Folgen der Globalisierung wirtschaftlich ausbluten würde. Das Gegenteil ist der Fall: Unter dem Strich profitiert die Bundesrepublik aufgrund ihrer Exportstärke wie kaum ein anderer Staat von der Öffnung der Märkte, auch im Hinblick auf die Arbeitsplatzbilanz.

Uns erschreckt die Einhelligkeit, mit der der „polnische Klempner“ zum Feindbild erhoben wurde, während die Bundesrepublik satte Gewinne im Handel mit Polen einfährt und deutsche Unternehmen sich in die polnische Wirtschaft einkaufen. Auch die Hartnäckigkeit, mit der die EU die Subventionierung ihrer Agrarexporte verteidigt, während sie selbst die Öffnung der Güter- und Dienstleistungsmärkte der Entwicklungsländer verlangt, zeigt eine Gerechtigkeitslücke in der Politik der wohlhabenden Nationen gegenüber den Neuankömmlingen und Aufsteigern auf dem Weltmarkt.

Protektionismus ist nur ein anderes Wort für ökonomischen Nationalismus, der auch die politischen Konflikte in der Welt anheizen und die bereits erreichte wirtschaftliche und politische Integration gefährden würde. Eine selektive Schutzpolitik für einheimische Produzenten ist eine legitime Strategie für Entwicklungsländer, die aus der Position der Schwäche agieren – als Instrument der Starken ist Protektionismus kontraproduktiv und unethisch.

Als Alternative zur Abschottung der Märkte wie zur regellosen Marktfreiheit vertreten wir die Weiterentwicklung eines globalen Netzwerks von Abkommen zum Umwelt- und Arbeitsschutz; die Globalisierung sozialer und ökologischer Mindeststandards und die weltweite Geltung der Menschenrechte. Freie Gewerkschaften, autonome Bürgerinitiativen, unabhängige Gerichte, Frauen- und Minderheitenrechte, unzensurierte Medien, Informations- und Versammlungsfreiheit sind letztlich die beste Gewähr gegen den Raubbau an Mensch und Natur. Die effektivste Antwort auf die Globalisierung des Kapitals ist die Globalisierung der Demokratie.

Die Erfüllung der Millennium-Development-Goals bis 2015 bleibt unser Ziel. Hierzu wollen wir, dass Deutschland auch mittels neuer Finanzierungsinstrumente seinen Beitrag leistet. Die Entwicklungszusammenarbeit muss im Rahmen der geänderten weltwirtschaftlichen Bedingungen und der ökologischen Frage neu akzentuiert werden. Eine gerechte Verteilung und Zugang zu endlichen Ressourcen muss Bestandteil einer solchen Weiterentwicklung sein wie das Insistieren auf „good governance“ und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Eintreten für Demokratie meint auch ein entschiedenes Eintreten für eine Stärkung und Fortentwicklung des Völkerrechts. Weder Deutschland noch unsere Freunde und Partner dürften sich in Grauzonen begeben, in denen Rechtsstaat und Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden. Eine solche Politik schwächt den Kampf gegen internationalen Terrorismus, indem sie Rechtsstaat und Demokratie diskreditiert.

Auch wenn die Nationalstaaten nach wie vor über eine umfassende Regelungskompetenz verfügen, hat die internationale Standortkonkurrenz ihre Fähigkeit untergraben, global operierende

Unternehmen mit nationalen Steuern und Regulierungen zu überziehen. Es gibt weitere gewichtige Gründe für den Ausbau supranationaler Institutionen, zuallererst der Europäischen Union: die Überwindung des Nationalismus und die gemeinsame Bewältigung grenzüberschreitender Probleme, von Steuer-Dumping über Menschenhandel bis zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Mit der Auswanderung staatlicher Funktionen und politischer Entscheidungen, sei es ins Nirgendwo, sei es auf die unterschiedlichsten supranationalen Institutionen, droht der öffentliche politische Raum überhaupt zu zerfasern. Politische Auseinandersetzungen brauchen aber einen Adressaten, ein handelndes Subjekt, und wo dieser Adressat unklar oder diffus ist, wird zwangsläufig auch die politische Auseinandersetzung unklar und diffus. Wem sollte man seine Vorschläge noch vortragen? Gegen wen seine Forderungen richten?

Parallel mit dieser Diffusion des politischen Raums zeichnet sich ein Verlust demokratischer Souveränität ab. Weder die Europäische Union und schon gar nicht die Vereinten Nationen sind in einem starken Sinn demokratisch legitimiert. Auch deshalb muss der europäische Verfassungsprozess fortgesetzt werden, der auf eine Stärkung von Parlaments- und Bürgerrechten zielt. Wenn es stimmt, dass politische Öffentlichkeit einen bestimmbar und handlungsfähigen Adressaten braucht, dann lautet die erste und wichtigste Antwort: Wir brauchen demokratische Institutionen mit Gestaltungsmacht, von der Kommune bis zur Europäischen Union.

Die Wiedergewinnung des öffentlichen Raums darf nicht unberücksichtigt lassen, dass an die Stelle der Aversion gegen den „Scheißstaat“ inzwischen das Lamento über die „Ohnmacht von Staatlichkeit“ getreten ist. Staatlichkeit und ihre Institutionen sind als Gehäuse der Demokratie kein Auslaufmodell – das gilt auch für den Nationalstaat in Europa. Die Handlungsfähigkeit öffentlicher Institutionen ist vielmehr unter Bedingungen der ökonomischen Entgrenzung von wachsender Bedeutung. Die Globalisierung macht die Aufgaben und damit die Bedeutung von Institutionen größer und nicht kleiner, wenn wir Demokratie und Gerechtigkeit als Grundgedanken durchhalten wollen.

Die internationale Staatengemeinschaft braucht Regeln und Standards für den Welthandel, die den Geboten der ökologischen Nachhaltigkeit, der Transparenz und des fairen Ausgleichs zwischen dem globalen Süden und Norden Vorrang geben. Das bedeutet eine umfassende Reform von internationalen Institutionen, wie der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Global angelegte Sicherheitspolitik muss die aufziehenden Konflikte um Ressourcen in einer multilateral ausgerichteten Umwelt- und Energieaußenpolitik zu minimieren suchen. Diese darf nicht zur Chiffre für eine Wiederbelebung nationaler Geopolitik werden. Versorgungssicherheit in Zeiten knapper Ressourcen ist vor allem ein Ergebnis multilateraler Kooperation und der raschen Entwicklung erneuerbarer Energien und Werkstoffe. Das ist deutsches Interesse.

Global angelegte Sicherheitspolitik muss einen neuen Anlauf unternehmen, um nukleare Abrüstung auf die Tagesordnung zu setzen. Dafür sprechen ganz aktuell die Konflikte um das iranische Atomprogramm, um die nordkoreanische Atombombe, um die US-amerikanisch-indischen Vereinbarungen oder bestimmte Vorhaben in den USA selbst zur Entwicklung neuer Nuklearwaffen. Die jahrzehntelange Praxis der Atomkräfte hat die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des Non Proliferation Treaty untergraben. Ohne einen neuen Anlauf zur Abrüstung in diesem Bereich droht der Wettlauf der Weiterverbreitung unaufhaltsam zu werden.

Global angelegte Sicherheitspolitik muss einem erweiterten Sicherheitsbegriff folgen. Sie muss vor allem auf Krisenprävention aufbauen und nicht erst einsetzen, wenn Terroranschläge und kriegerische Konflikte die Weltöffentlichkeit aufrütteln. Dazu braucht es supranationale Organisationen und Vereinbarungen, die einen fairen Welthandel absichern, Armut bekämpfen und eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen gewährleisten. Konflikte zwischen Staaten müssen im Rahmen des Völkerrechts gelöst, die staatliche Souveränität selbst an den Schutz der Menschenrechte gebunden werden. Dafür gibt es keinen besseren Ort als die Vereinten Nationen, in dem sich die Staaten als Mitglieder einer globalen Gemeinschaft begegnen.

Der Unilateralismus ist gescheitert. Keine Macht der Erde – auch nicht die einzige Supermacht USA – kann eine der globalen Herausforderungen im Alleingang bewältigen, weder den Terrorismus, noch die globale Armut, noch global organisierte Kriminalität noch die Verhinderung des Zerfalls von Staatlichkeit. Schon gar nicht die Umwelt- und Klimafragen. Effektiver Multilateralismus ist unsere Antwort auf das Scheitern des Unilateralismus. Die Weiterentwicklung der EU und der transatlantischen Allianz sind für die Chancen eines effektiven Multilateralismus mit ausschlaggebend. Deshalb ist es in unserem Interesse, beide zu fördern.

Zukunft Europas

Trotz aller Verdienste der Vereinten Nationen und trotz aller Fortschritte in der Europäischen Union hat die öffentliche Auseinandersetzung um die Ausrichtung dieser Institutionen kaum begonnen. Selbst der ins Stocken geratene europäische Verfassungsprozess hat im öffentlichen Raum der Bundesrepublik so gut wie keinen Niederschlag gefunden. Wo war die Debatte um das politische Europa? Wo eine engagierte Kontroverse über das Verhältnis von Nationalstaaten und Union oder über die künftigen Grenzen der EU, die über das Pro und Contra zu einem Beitritt der Türkei hinausging? Wo die Debatte um europäischen Sozialraum und europäische Steuerpolitik vor dem Hintergrund der ökonomischen Verflechtung? Wir Grüne müssen diese Lücken füllen.

Es gibt eine enorme Kluft zwischen der faktischen Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene und dem embryonalen Zustand einer europäischen Öffentlichkeit, und aus dieser Kluft speisen sich Politikverdrossenheit und Populismus. Europäische Politik ist immer noch vor allem eine Domäne der europäischen Regierungen. Dagegen ist die Herausbildung europäischer Medien, Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen noch am Anfang. Dass uns das alles noch fremd vorkommt, zeigt nur, wie weit der Weg dorthin noch ist.

Wer die europäischen Institutionen stark, verantwortlich, transparent und rechenschaftspflichtig machen will, muss sie gleichzeitig davor bewahren, zu viele Kompetenzen auf ihre Schultern zu laden. Die EU kann auch an einer Selbst-Überforderung scheitern, insbesondere angesichts der wachsenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Unterschiede, die mit ihrer Erweiterung einhergehen. Die Debatte um die Zukunft der europäischen Union muss deshalb auch die Kompetenzverteilung zwischen Regionen, Nationalstaaten und der EU noch einmal in den Blick nehmen. Die EU sollte nur die Aufgaben übernehmen, die auf den dezentralen Ebenen nicht hinreichend bewältigt werden können. Das ist ein Gebot der Demokratie, die in den Kommunen und Nationalstaaten auf lange Zeit lebendiger, greifbarer und bürgernäher sein wird als auf europäischer Ebene.

Zu den Politikfeldern, auf denen die Integration vorangetrieben werden muss, gehört sicherlich die Außen- und Sicherheitspolitik: Wenn die europäischen Staaten eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik spielen wollen, können sie das nur in einer konzertierten Aktion. Der wichtigste Beitrag der EU zur Friedenspolitik war bisher die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Doch die internationale Gemeinschaft erwartet mehr von Europa. Wie viel sicherheitspolitische Integration und wie viel militärische Integration ist dafür nötig? Ist auch gemeinsame Rüstungspolitik nötig? Eine gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik steht durchaus nicht im Gegensatz zur transatlantischen Allianz – sie ist aber Bedingung dafür, dass die Europäer als eigener Faktor agieren und den USA notfalls auch wirkungsvoll widersprechen können. Hörbare Kritik an der derzeitigen Außenpolitik der USA, an rechtsfreien Räumen im Kampf gegen den Terrorismus und einer Überhöhung militärischer Gewalt als Mittel der Politik ist notwendig. Gleichzeitig aber bleibt das transatlantische Bündnis Kern einer globalen Allianz der Demokratien.

Die EU ist zweifellos in einer Legitimationskrise, und das Projekt der europäischen Einigung droht ins Stocken zu geraten. Europa muss sich vor allem als Raum der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Solidarität und des Wohlstands beweisen, um auf die Zustimmung seiner Bürger zu stoßen. Die EU ist sowohl Ausdruck einer sich globalisierenden Ökonomie als auch die Antwort darauf. Allerdings hat in den letzten Jahren die politische Europäisierung mit der ökonomischen nicht mitgehalten. Die Ablehnung der Verfassung in den Niederlanden und Frankreich hatte auch mit der Angst vor einer unregelmäßig globalisierenden Ökonomie zu tun. Die Europäische Kommission hat darauf bisher keine Antwort gefunden. Mit ihrer einseitigen Deregulierungspolitik in den Welthandelsrunden verschärft sie diese Ängste.

Zur Rückgewinnung des europäischen Schwungs braucht es auch eine große Debatte über den politischen Charakter der Europäischen Union, über ihre Verantwortung und ihre Grenzen. Auch wenn das gegenwärtig eher unpopulär ist, halten wir Grüne daran fest, dass sich die EU nicht gegen eine Beitrittsperspektive weiterer europäischer Länder, etwa auf dem Westbalkan und für die Türkei, abschotten darf. Wir wehren uns auch dagegen, heute ausschließen zu wollen, dass die östlichen Nachbarländer der EU vielleicht einmal eine Beitrittsperspektive bekommen könnten. Und es braucht eine Reform der Institutionen, um die Handlungsfähigkeit einer Union mit 30 oder mehr Mitgliedern zu erhalten. Beide Vorhaben sind mit dem Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags verknüpft. Es wäre fatal, diesen Anlauf jetzt vorzeitig abzubrechen. Gleichzeitig ist klar, dass die negativen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden nicht einfach ignoriert werden können.

Am Ende steht die Frage zur Debatte, was eine grüne Politik der Demokratisierung bedeuten soll, die über rein symbolische Ansätze hinaus geht. An welches Demokratie-Modell denken wir, wenn wir von Demokratisierung sprechen? Was heißt Demokratie im universellen Maßstab? Darauf wollen wir nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische Antwort geben – in der Ausgestaltung unserer eigenen öffentlichen Angelegenheiten.

Wir Grüne schlagen vor, dass der vorliegende Europäische Verfassungstext im Rahmen einer breiten öffentlichen Debatte unter intensiver Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments überarbeitet wird. Das Ergebnis dieser erneuten Beratung sollte am Tag der Europawahlen 2009 in allen EU-Mitgliedsstaaten zugleich zur Abstimmung gestellt werden. Über die Annahme entscheidet dann die doppelte Mehrheit der beteiligten Länder und der europäischen Bevölkerung.